



Internationaler Frauentag 2021: EU-Gleichstellungsbericht stellt verschärfte Ungleichheiten von Frauen und Männern in der Pandemie fest

Lage der Frauen europaweit durch COVID-19 Pandemie erschwert, Europäische Kommission zeigt Maßnahmenpaket auf

Der am 05.03.2021 von der Europäischen Kommission zum Internationalen Frauentag am 08.03.2021 vorgestellte EU-Jahresbericht zur Gleichstellung der Geschlechter warnt davor, dass die COVID-19 Pandemie die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verschärft habe. Gleichzeitig gibt der Bericht in einzelnen Politikfeldern einen Ausblick auf bereits verabschiedete sowie geplante Maßnahmen der Kommission um den Auswirkungen der Pandemie entgegenzuwirken und die Förderung der Gleichstellung in den Mitgliedstaaten voranzutreiben.

In Hinblick auf die COVID-19 Pandemie geht der Bericht darauf ein, dass Frauen an vorderster Stelle der Pandemiebekämpfung stehen. So seien 76% der Beschäftigten in Gesundheit und Pflege Frauen, in der Pflege seien es 86%. Frauen würden einen hohen Arbeitsaufwand schultern und seien gleichzeitig einem großen Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Überdies seien Frauen in niedriger bezahlten Sektoren und Berufen, wie z. B. im Gastgewerbe, im Einzelhandel oder bei persönlichen Dienstleistungen überrepräsentiert. Das mache sie auf den Arbeitsmärkten, die von der COVID-19-Krise betroffen sind, besonders anfällig. Während der Rückgang der Beschäftigung im zweiten Quartal 2020 für Frauen und Männer identisch war (um 2,4%), hatten Frauen während der teilweisen Erholung im Sommer 2020 größere Schwierigkeiten, wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten. Die Beschäftigungsquoten für Männer stiegen, laut Angaben der Kommission, um 1,4%, für Frauen jedoch nur um 0,8% zwischen dem zweiten und dem dritten Quartal 2020.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten daher dazu auf, die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie zu stellen. So sehe etwa die Verordnung über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit vor, dass die Gleichstellung der Geschlechter und Chancengleichheit für alle bei der Ausarbeitung und Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne berücksichtigt und gefördert werden soll. Auch die erforderliche Stärkung des Grundsatzes des gleichen Entgelts durch Lohntransparenz wird im Rahmen des Berichts betont. Die Kommission hat dahingehend am 04.04.2021 einen Legislativvorschlag für Lohntransparenzmaßnahmen angenommen. Darüber hinaus sollten Frauen auch in Führungspositionen besser vertreten sein, sei es in der Politik oder in den Leitungsorganen von Unternehmen. Die Kommission plant daher sich verstärkt für die Verabschiedung des bereits 2012 vorgelegten Richtlinienvorschlags für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht-geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsräten börsennotierter Gesellschaften einzusetzen.

Weiterhin arbeitet die Kommission an einer neuen Gesetzgebungsinitiative zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Diese habe während der COVID-19 Pandemie deutlich zugenommen. Bereits im Februar diesen Jahres wurde daher eine [öffentliche Konsultation](#) zu dieser Initiative eingeleitet. Gleichzeitig bleibt der Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul des Europarats eine der wichtigsten Prioritäten der Kommission. Auch nahm die Kommission im Juni 2020 erstmals eine EU-Strategie für die Rechte von Opfer an, mit der sie ihren Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt weiter verstärkt. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Internet sei ein weiteres wichtiges Element der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter. Der von der Kommission im Dezember 2020 vorgeschlagene sogenannte Digital Services Act unterstütze die Strategie und ziele darauf ab, die Vorschriften für Anbieter digitaler Dienste weiter zu harmonisieren und zu aktualisieren. Gleichzeitig soll gegen von Nutzern verbreitete illegale Inhalte vorgegangen und Grundrechte geschützt werden. Im Aktionsplan für digitale Bildung und in der Europäischen Kompetenzagenda kündigte die Kommission überdies eine Reihe von Maßnahmen an, um eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an Berufen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie und die Entwicklung digitaler Kompetenzen zu fördern. Mit der [Stärkung der Jugendgarantie](#) sollen Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Vorurteile und Diskriminierung in der Beschäftigungsberatung und –unterstützung gefördert werden.



Die Kommission kündigt weiterhin an, im Einklang mit Zielen des [Aktionsplans für Medien und audiovisuelle Medien](#) demnächst eine Sensibilisierungskampagne für Gleichstellungsfragen und Vielfalt starten zu wollen, deren Schwerpunkt auf inspirierenden Rollenmodellen in den Bereichen Audiovisuelles und Nachrichtenmedien liegt. Dies sei, laut Kommission, Teil umfassenderer Bemühungen zur Förderung einer ausgewogenen [Vertretung von Frauen und Männern und der Vielfalt im Kreativ- und Kultursektor](#), zu denen auch Maßnahmen im Rahmen des Programms Kreatives Europa – MEDIA gehören.

Inklusion und Gleichstellung seien überdies Kernpunkte des Programms Erasmus +, das soziale Unternehmerinnen oder Akademikerinnen unterstützt und dazu beiträgt, neue Forschungsbereiche in den Bereichen Gleichstellung der Geschlechter, Nachhaltigkeit und Stärkung der Rolle der Frau zu erschließen. Um die Leistungen europäischer Frauen in den Bereichen Forschung, Innovation, Bildung, Kultur und Sport hervorzuheben, habe Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung, Jugend und Sport, eine Kampagne in den sozialen Medien gestartet, die [#EUwomen4future](#). Weiterhin wurde am 05.03.2021 durch die gemeinsame Forschungsstelle der Kommission und das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ein gemeinsames und kooperatives Projekt ins Leben gerufen, das Portal zur Überwachung der Gleichstellungsstrategie in Bezug auf die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025.

In Hinblick auf die Rolle der Frauen in den auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union verweist die Kommission auf den neuen EU-Aktionsplans für die Gleichstellung (GAP) III für den Zeitraum 2021-2025, welcher eine Reihe von Maßnahmen enthält, um die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau in der Welt voranzutreiben. Mit der von der Europäischen Kommission zusammen mit den Vereinten Nationen ins Leben gerufenen Spotlight-Initiative soll insbesondere auf globaler Ebene gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorgegangen werden.

Insgesamt schlussfolgert der Bericht, dass die Gleichstellung noch nie so weit oben auf der politischen Agenda gestanden habe, wie unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die Notwendigkeit einer Priorisierung gleichstellungspolitischer Themen habe die COVID-19 Pandemie zusätzlich gezeigt. Fortschritte, die in den vergangenen Jahren erzielt worden seien, seien teilweise durch die Pandemie ausgehebelt worden. Die Kommission werde daher auch in Zukunft, etwa durch Unterstützung der kommissionsinternen Task Force Gleichstellung, sicherstellen, dass geplante EU-Maßnahmen in allen Politikfeldern umgesetzt und Fortschritte bei der Gleichstellung erzielt werden.

Weiterführende Informationen

Der EU-Jahresbericht zur Gleichstellung der Geschlechter ist unter folgendem Link abrufbar: https://ec.europa.eu/info/files/2021-report-on-gender-equality-in-the-eu_en